

AMENDMENT FORM

Suggestion for amendment of Article : I 30

Suggestion for protocol :

By:

Mr Caspar EINEM

Status :

Member

Artikel 30 *Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik*

(1) Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die integraler Bestandteil der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ist, sichert der Union eine operative Kapazität, die sich auf ~~militärische und~~ zivile **und militärische** Mittel stützt. Die Union kann diese im Einklang mit den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen bei Missionen zur Wahrung des Friedens und zur Stärkung der internationalen Sicherheit außerhalb der Union einsetzen.

(2) Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik umfasst die schrittweise Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik der Union. Diese führt zu einer gemeinsamen Verteidigung, sobald der Europäische Rat einstimmig einen entsprechenden Beschluss gefasst hat. Er empfiehlt in diesem Fall den Mitgliedstaaten, einen solchen Beschluss gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften anzunehmen.

Die Politik der Union nach diesem Artikel berührt nicht den besonderen Charakter der Sicherheits- und Verteidigungspolitik bestimmter Mitgliedstaaten; sie achtet die Verpflichtungen einiger Mitgliedstaaten, die ihre gemeinsame Verteidigung in der Nordatlantikvertragsorganisation (NATO) verwirklicht sehen, aus dem Nordatlantikvertrag und ist vereinbar mit der in jenem Rahmen festgelegten Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

(3) Die Mitgliedstaaten stellen für die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik ~~militärische und~~ zivile **und militärische** Fähigkeiten als Beitrag zur Verwirklichung der vom Rat festgelegten Ziele zur Verfügung.

Die Mitgliedstaaten sagen zu, ~~ihre~~ **entsprechende zivile und** militärischen Fähigkeiten schrittweise zu **entwickeln** ~~verbessern~~.

(4) **Es wird ein Europäisches Institut zur Erforschung der Grundlagen von Krisen- und Konfliktprävention eingerichtet, das durch Studien Grundlagen für die politische Entscheidungsfindung im Europäischen Rat bzw. im Rat liefert.**

(5) Es wird eine Europäische Agentur für Rüstung und strategische Forschung eingerichtet, deren Aufgabe es ist, den operativen Bedarf zu ermitteln und Maßnahmen zur Deckung dieses Bedarfs zu fördern, zur Ermittlung der Maßnahmen beizutragen, die dazu angetan sind, die industrielle und technologische Grundlage des Verteidigungssektors zu stärken und diese Maßnahmen gegebenenfalls durchzuführen sowie dem Rat bei der Evaluierung der Verbesserung der militärischen Fähigkeiten behilflich zu sein.

(6) Die Union kann im Bereich der Beschaffung und der Bewirtschaftung von Rüstungsgütern insbesondere in jenen Bereichen, in denen dies wirtschaftlicher als einzelstaatliche Maßnahmen oder komplementär zu den nationalen Bedarfen ist, eigenständig Beschaffungen durchführen und die beschafften Güter bewirtschaften. In diesen Fällen entscheidet der Rat einstimmig und werden die Kosten nach dem jeweiligen BIP auf die Mitgliedstaaten aufgeteilt.

(7) Die Mitgliedstaaten, die untereinander multinationale Streitkräfte zusammenstellen, können diese auch für die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik zur Verfügung stellen.

(8) Beschlüsse über die Durchführung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, einschließlich der Beschlüsse über die Einleitung einer Mission gemäß diesem Artikel, werden vom Rat **im Falle des Einsatzes militärischer Mittel** einstimmig, **sonst mit der Mehrheit von vier Fünfteln der Mitgliedstaaten, die zugleich vier Fünftel der Bevölkerung der Union repräsentieren**, auf Vorschlag des Außenministers der EU oder eines Mitgliedstaates gefasst. **Um die Kosten derartiger Maßnahmen zu decken wird im Unionsbudget ein entsprechender Ansatz dotiert.** Der Außenminister kann den Rückgriff auf einzelstaatliche Mittel sowie auf Instrumente der Union - gegebenenfalls gemeinsam mit der Kommission - vorschlagen.

(9) Der Rat kann die Durchführung einer Mission im Rahmen der Union einer Gruppe von Mitgliedstaaten übertragen. Diese Mission wird nach Maßgabe von Teil II Titel B Artikel 18 der Verfassung durchgeführt.

(10) Die Mitgliedstaaten, die anspruchsvolle Kriterien in Bezug auf die militärischen Fähigkeiten erfüllen und die im Hinblick auf Missionen mit höchsten Anforderungen untereinander verbindlichere Zusagen eingegangen sind, nehmen eine strukturierte Zusammenarbeit im Rahmen der Union auf. Diese Zusammenarbeit **und die Entscheidung über mögliche Operationen** erfolgt nach Maßgabe von Teil II Titel B Artikel 20 der Verfassung.

~~(11) — Solange kein Beschluss des Rates gemäß Absatz 2 ergangen ist, wird im Rahmen der Union eine engere Zusammenarbeit im Bereich der gegenseitigen Verteidigung aufgenommen. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit leisten im Falle eines bewaffneten Angriffs auf das Hoheitsgebiet eines an dieser Zusammenarbeit beteiligten Staates die anderen beteiligten Staaten alle in ihrer Macht stehende militärische und sonstige Hilfe und Unterstützung gemäß Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen. Die Teilnahmemodalitäten und die praktischen Modalitäten sowie die dieser Zusammenarbeit eigenen Beschlussfassungsverfahren sind in Teil II Titel B Artikel 21 der Verfassung verankert.~~

(12) Das Europäische Parlament wird zu den wichtigsten Aspekten und den grundlegenden Weichenstellungen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik gehört; es wird regelmäßig über die Entwicklung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik unterrichtet **und kann dazu Fragen an den Europäischen Rat bzw. an den Außenminister stellen.**

Explanation (if any) :

Zu Abs. (1) und (3): Mit der vorgeschlagenen Änderung soll der Primat der zivilen vor den militärischen Mitteln deutlich gemacht werden.

Zu Abs. (4): Zusätzlich zur vorgeschlagenen Rüstungsagentur sollte auch ein Europäisches Institut für Krisen- und Konfliktprävention eingerichtet werden, um den politischen Entscheidungsträgern auch entsprechende Grundlagen für ihre Entscheidungen zu liefern.

Zu Abs. (6): Trotz der vorläufigen Aufrechterhaltung der Armeen der Mitgliedstaaten sollte die Möglichkeit eröffnet werden, gemeinsame Beschaffungen durch die Union durchzuführen und die beschafften Güter auch gemeinsam zu bewirtschaften. So könnte sowohl das Problem gelöst werden, dass Mitgliedstaaten nicht ohne weiteres zu größeren militärischen Ausgaben veranlasst werden können, wenn sie selbst keinen Anlass aus ihrer Sicherheitslage dazu sehen, als auch die Beschaffung und Bewirtschaftung wirtschaftlicher gestaltet werden, als bei Einzelbeschaffung. Hier ist etwa an Beschaffungen von Transportflugzeugen für die Kriseninterventionstruppe der EU (A400M) zu denken. Die Kosten sollen diesfalls von allen Mitgliedstaaten anteilig (nach dem BIP-Schlüssel) getragen werden.

Zu Abs. (11): Die Entwicklung eines Systems gegenseitigen Beistandes innerhalb der EU für den Fall eines Angriffs verstellt den Weg hin zu einer gemeinsamen (vergemeinschafteten) Verteidigung. Im übrigen wirft es Probleme im Verhältnis der in dieses System integrierten und der nicht integrierten Staaten im Anlassfall auf. Der Absatz soll daher entfallen.

Zu Abs. (12): Es soll deutlich gemacht werden, dass das Europäische Parlament nicht nur nach Belieben des Rates informiert werden soll, sondern auch ein eigenständiges Fragerecht hat.